

**Beschlüsse zu den allgemeine Anträgen
beim 4. Mitglieder-Bezirksparteitag der CDU Südbaden
am 22. November 2014 in Appenweier**

Beschluss Nr. 1

Solide Finanzen, Kalte Progression

Solide Finanzen

Die CDU hält an ihrem Ziel fest, ab dem Jahr 2015 im Bund keine neuen Schulden mehr aufzunehmen. Mit unserer soliden Haushaltspolitik bleibt Deutschland der Stabilitätsanker in Europa. Solide Haushaltspolitik schafft Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Deutschland. Vertrauen auf solide Rahmenbedingungen zieht private Investitionen an. Das ist die Voraussetzung für die wirtschaftliche Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands, die Voraussetzung für sichere und gute Arbeitsplätze.

Kalte Progression

Die Bekämpfung der kalten Progression bleibt weiterhin eines der wichtigsten Ziele der CDU in der Steuerpolitik. Lohnerhöhungen, die dem Ausgleich von Preissteigerungen dienen, dürfen nicht mehr von einem höheren Steuertarif aufgezehrt werden. Wir wollen noch in dieser Legislaturperiode erneut einen Vorschlag zur Bekämpfung der kalten Progression vorlegen und bis September 2017 umsetzen, um die Leistungsträger zu entlasten. Die Bundesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit den Ländern für dieses Gesetz eine Mehrheit sicherzustellen.

Der Abbau der kalten Progression darf nicht zu anderweitigen Steuererhöhungen führen. Wir halten an unserem Ziel fest, in dieser Legislaturperiode keine Steuern anzuheben.

Beschluss Nr. 2

Erhöhung der Polizeipräsenz

Der Mitgliederbezirksparteitag hat beschlossen, dass die Landesregierung aufgefordert wird:

Die Erhöhung der Polizeipräsenz entsprechend der Kriminalitätserhöhungen in der Stadt sowie in der Fläche zu veranlassen. Es muss zudem einen verbesserten und beschleunigte Datenausbau der Kriminalitätsstatistik mit Zugriffsmöglichkeiten von Behörden und ganz besonders der einzelnen Polizeidienststellen eingerichtet werden. Besonders für Frauen müssen neue Schutzfaktoren zur Verbesserung der Sicherheit in Kriminalitätsbezirken ergriffen werden.

Polizisten dürfen nicht die Prügelknaben der Nation werden.

Begründung:

Seit dem Wegfall der Grenzkontrollen zu den osteuropäischen Nachbarstaaten und dem EU-Beitritt mehrerer südosteuropäischer Länder sind die Fallzahlen sprunghaft angestiegen. Anstieg der Wohnungseinbrüche laut Polizeistatistik um 15,5% auf 149.000 im Jahr 2013, Anstieg der schweren Taschendiebstähle 2013 auf 135.617. Schwere Ladendiebstähle sind ein großes Problem. Hochmobile gewerbsmäßige Banden stehen „auf Bestellung“.

Religionsfreiheit

Der Mitgliederbezirksparteitag hat beschlossen die Bundesregierung aufzufordern: Sich weltweit für die Religionsfreiheit besonders für Verfolgte wie z.B. Christen einzusetzen.

Die Freiheit, den eigenen Glauben frei leben zu dürfen, ist ein Menschenrecht und kein Vorrecht bestimmter Gruppen von Menschen.

Begründung:

Christen sind die am meisten verfolgte Religionsgruppe in der ganzen Welt.

Die Freiheit zur Ausübung der Religion muss, für alle religiösen Gruppen viel mehr, als bisher, langfristig in der Sicherheits- und Außenpolitik und in diplomatischen Beziehungen eingebunden werden.

Dies wäre auch als Bedingung für humanitäre Hilfe oder sonstiger Unterstützung sicherlich zu thematisieren.

Beschluss Nr. 4

Die CDU Südbaden befürwortet folgende Thesen des AK Bürgerbeteiligung und leitet sie an die höheren Parteiebenen weiter:

CDU: Mitglieder gestalten Zukunft!

Nur wenn die CDU als Mitmachpartei erlebt wird, hat die Mitgliedschaft für die Bürgerinnen und Bürger einen Mehrwert. Dabei gilt es, Gutes beizubehalten und gleichzeitig für Neues offen zu sein. Mit folgenden 10 Punkten lädt der AK Bürgerbeteiligung zum Mitdiskutieren und aktiven Mitgestalten ein.

1. Neue Informationswege nutzen!

Wir versuchen alle Medien zu erschließen. Die Informationsfülle muss gebündelt und gezielt gesteuert werden. Oft genügt es aufzuzeigen, wie man sich bei Interesse ausführlich über ein Thema informieren kann.

2. Fragen sind willkommen!

Oft ist schwer verständlich, wer für welches Thema Ansprechpartner ist. Hier könnten Mitgliederbeauftragte sowie ein zentrales Fragen-Portal der CDU helfen: Sie können Ihr Anliegen an dieses richten. Die CDU sucht den zuständigen Ansprechpartner.

3. Dabei sein leicht gemacht!

Unsere Veranstaltungen sollen barrierefrei und mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar sein. Außerdem bieten wir nach Möglichkeit Livestreams (Übertragung ins Internet) von öffentlichen Veranstaltungen der CDU an. Der zeitliche Aufwand einer Teilnahme soll absehbar sein. Eine straffe Tagesordnung und ein stärkerer Fokus auf die Diskussion können dabei helfen. Die CDU-Satzung muss so entschlackt werden, dass Formalitäten auf ein Mindestmaß reduziert werden.

4. Transparenz von oben nach unten

Wir wünschen uns eine noch bessere Information und Vernetzung zwischen Verbänden, Mandatsträgern, Fraktionen und den CDU-Mitgliedern. Das Mitgliedernetz CDU plus (www.cduplus.de) könnte man hierfür noch stärker nutzen.

5. Wir schreiben und bestimmen mit!

Die Möglichkeiten für Mitglieder, an Positionspapieren, Wahlprogrammen und Anträgen mitzuschreiben, sollten weiter ausgebaut werden. Hierbei muss ein angemessener zeitlicher Vorlauf eingehalten werden. Zu den Vorschlägen erhalten die Mitglieder Rückmeldungen. Bei der Ausarbeitung von Koalitionsverträgen muss die Basis die Möglichkeit zur Beteiligung haben.

6. Diskussionen unter den Mitgliedern zulassen und anstoßen!

Wo die Nachfrage besteht, sollten auf den unteren CDU-Ebenen und in sozialen Netzwerken Diskussionsplattformen angeboten werden. Hierbei könnten (Noch-)Nicht-Mitglieder einbezogen werden. So kann den Teilnehmern u.a. die Möglichkeit gegeben werden, sich frühzeitig zu Positionen von Parteigremien etc. zu Wort zu melden. Klare Verhaltensregeln („Netiquette“) sind unerlässlich.

7. Meinungsbild der Basis einholen!

Die CDU sollte kurzfristige Umfragen und Mitgliederentscheide zu Sachfragen ermöglichen.

8. Keine Kandidatinnen und Kandidaten aus dem Hinterzimmer!

Wir fordern eine rechtzeitige Mitwirkung der Parteimitglieder bei der Kandidatenfindung für Vorstände und Mandatsträger, da spontane Kandidaturen in der Praxis eher selten sind.

9. Mitgliederoffene Veranstaltungen!

Wir befürworten mitgliederoffene Parteitage, Regionalkonferenzen, Fachkongresse, Zielgruppenveranstaltungen etc.

10. Online-Mitgliedschaft ermöglichen!

Die Mobilität insb. jüngerer Bürgerinnen und Bürger bringt es mit sich, dass sie sich manchmal nicht dauerhaft in einem Orts- und Kreisverband engagieren können, aber die CDU mit einer Mitgliedschaft unterstützen und bei bestimmten Themen mitdiskutieren möchten. Wir schlagen eine Online-Mitgliedschaft vor, durch die sie dieselben Mitgliedsrechte bzgl. Diskussion und Information wie ein „normales“ Mitglied haben.

Beschluss Nr. 5

Bau des SC-Fußballstadions in Freiburg

Die CDU Südbaden spricht sich für den Bau eines neuen Fußballstadions des SC Freiburg am geplanten Standort Wolfswinkel aus und fordert die Landesregierung auf, den SC Freiburg bei diesem Projekt, ebenso wie den Karlsruher SC beim Neubau dessen Stadions und auch andere Sportstätten im Land von internationaler Bedeutung, finanziell zu unterstützen.

Begründung:

Der SC Freiburg ist nicht nur für die Stadt Freiburg, sondern auch für die Region Südbaden von großer Bedeutung. Heimspiele sind Erlebnisse für die ganze Familie und ziehen Besucher aus der ganzen Region Südbaden an. Bisher gibt es jedoch keine feste Zusage der Grün-Roten Landesregierung, wie dies zum Beispiel bereits beim Karlsruher SC mit einem Zuschuss von 11 Millionen Euro der Fall sei, den Sportclub finanziell zu unterstützen.

Der Sportclub ist mehr als nur Profifußball. Eine beachtliche Summe seiner erwirtschafteten Gewinne fließt jedes Jahr in die Fußballschule und auch in den Breitensport in der gesamten Region über den badischen Sportbund. Nicht nur die Stadt Freiburg, sondern die gesamte Region profitiert von einem gut aufgestellten

Sportclub. Nach der aktuellen Gutachtenlage steht dem Standort Wolfswinkel nichts mehr im Weg, daher muss das Projekt im Sinne der ganzen Region nun so schnell wie möglich realisiert werden. Im Gegenteil, der Standort bietet viele Synergieeffekte z.B. mit der 11. Fakultät der Universität Freiburg und auch den Fraunhofer Instituten, so dass auch dadurch das Land Baden-Württemberg mit in der Verantwortung stehe.

Beschluss Nr. 6

Stilllegung des AKWs Fessenheim

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich - entsprechend des Beschlusses vom Bundesparteitag vom 13.-15. November 2012 in Leipzig - gegenüber Frankreich für die Stilllegung des Kernkraftwerks Fessenheim bis spätestens Ende 2016 einzusetzen.

Begründung:

Frankreichs Staatspräsident Francois Hollande hat 2012 angekündigt, dass das dicht an der deutschen Grenze liegende Kernkraftwerk Fessenheim bis Ende 2016 stillgelegt werden wird. Diese klare Ankündigung ist von Umweltministerin Royal Anfang Oktober 2014 öffentlich in Frage gestellt worden.

Hintergrund ist, dass im französischen Gesetzesentwurf zur Energiewende eine Höchstmenge von aus Kernkraft produzierten Strom festgelegt wird und die Frage, welches Kernkraftwerk Ende 2016 (wenn das neue KKW Flamenville ans Netz geht) stillgelegt wird, erst Mitte 2015 entschieden wird. Ministerin Royal hat jetzt Überlegungen angestellt, aus wirtschaftlichen Gründen möglicherweise einem innerfranzösischen Standort für die Schließung den Vorzug zu geben.

Fessenheim ist aber das älteste Kernkraftwerk Frankreichs und nicht ausreichend sicher, insbesondere im Falle eines Erdbebens, gerade mit Blick auf mangelnden Hochwasserschutz.

2.

Die Forderung gegenüber unseren französischen Freunden ist sachlich begründet und kann glaubwürdig erhoben werden, insbesondere vor dem Hintergrund, dass aufgrund der geplanten französischen Gesetzeslage ohnehin ein Kernkraftwerk (2 Reaktoren) stillgelegt werden sollen. Denn Fessenheim ist das Kernkraftwerk, das am dichtesten an der deutschen Grenze liegt. Im Falle einer Evakuierung aufgrund eines Reaktorunglücks wären 400.000 deutsche Mitbürgerinnen/er unmittelbar betroffen.

Die Bevölkerung im Grenzgebiet hat aber Anspruch auf die gleiche Sicherheit wie in allen anderen Teilen Deutschlands, gerade auch vor dem Hintergrund, dass es einen parteiübergreifenden Konsens über die Beendigung der Nutzung der Kernkraft in Deutschland gibt und wir selbst die Kernkraftwerke planmäßig stilllegen.

3.

Auf dem Bundesparteitag der CDU Deutschlands am 13-15. November 2012 in Leipzig wurde folgender Beschluss nach ausführlicher Diskussion gefasst

„1. Die Grundsatzposition der Bundesregierung zu Kernkraftwerken auch gegenüber benachbarten Staaten mit grenznahen Kernkraftwerken zu vertreten.

2. Entsprechend dieser Grundsatzposition sich für die Stilllegung grenznaher Kernkraftwerke einzusetzen, insbesondere, wenn sie nicht den Sicherheitsanforderungen der Deutschen Reaktorsicherheitskommission entsprechen (Terroristische Angriffe, Flugzeugabstürze)“.

In der logischen Folge dieses Beschlusses fordern wir jetzt konsequenterweise konkret den Einsatz der Bundesregierung gegenüber Frankreich, damit Fessenheim bis spätestens Ende 2016 stillgelegt wird.
